

Antragsbuch

zum Parteitag der SPD Gelsenkirchen
am 22.09.2010

Gesamtschule Berger Feld



Inhaltsübersicht

A1	Rechtsextremismus in Gelsenkirchen bekämpfen! Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus in der SPD Gelsenkirchen gründen!	Seite 3
A2	Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz!	Seite 4
A3	Verzicht auf Produkte der „The Coca Cola Company“. Solidarität mit den internationalen Gewerkschaften und der Internationalen ArbeiterInnenschaft!	Seite 5
A4	Den Wegfall des Zivildienstes auffangen – Freiwilligendienste fördern!	Seite 7
A5	Ende mit der Ausbeutung. Für eine Fairtrade-Zertifizierung in Ausschreibungen der Stadt Gelsenkirchen	Seite 9
A6	Finger weg von unserer Kohle – Steinkohlesubventionen bis 2018 sichern!	Seite 10
A7	G9 für alle – kein Leistungsdruck auf Zwangsbasis	Seite 12
A8	Gerechte Neuorganisation der Delegierten der Arbeitsgemeinschaften zum Unterbezirksparteitag – Stärkere Einbeziehung junger Menschen in bestehende Strukturen	Seite 13
A9	Vertrauensarbeitszeit verbieten	Seite 15
A10	Doppelte Staatsbürgerschaft für alle	Seite 17
A11	Kommunales Wahlrecht für alle einführen	Seite 18
A12	Parteiausschluss für Thilo Sarrazin	Seite 19
A13	Verbesserung der Ausbildungsqualität am Berufskolleg	Seite 20

A1

**Rechtsextremismus in Gelsenkirchen bekämpfen!
Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus in der SPD
Gelsenkirchen gründen!**

Antragsteller: Jusos

Adressat: Unterbezirksparteitag

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD Gelsenkirchen richtet einen „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus“ ein. In
2 diesem Arbeitskreis sollen Antworten auf die Gefahren von Rechtsextremismus in
3 unserer Stadt gefunden werden.
4

5 **Begründung:**

6 **Parlamentsorientierter Rechtsextremismus:**

7 5.303 Menschen stimmten in Gelsenkirchen am 9. Mai 2010 für rechtsextreme Parteien.
8 Bei den Landtagswahlen 2005 waren es 3.969 Menschen, die der rechten Propaganda
9 erlegen sind. Ein signifikanter Anstieg zwischen gerade einmal zwei Wahlgängen.
10 Dieser Aufwärtstrend muss auch durch die Arbeit in dem Arbeitskreis gestoppt werden.
11

12 **Aktionsorientierter Rechtsextremismus:**

13 Wer durch die Straßen Gelsenkirchens läuft, erkennt immer mehr Aufkleber mit
14 rechtsextremer Propaganda auf Laternenmasten und Häuserwänden. Weiterhin fallen
15 Menschen mit einschlägigen Zeichen (z. B. „88“ und „18“) auf ihrer Kleidung auf. Die
16 Zahlen stehen jeweils für die entsprechenden Buchstaben in unserem Alphabet und
17 „88“ bzw. „18“ stehen für „HH“ bzw. „AH“ was wiederum für „Heil Hitler“ bzw. „Adolf
18 Hitler“ steht. Darüber hinaus gibt es Versuche die Identität von vermeintlichen
19 „Linken“ zu veröffentlichen und sie durch diese Bedrohung von ihrer Arbeit gegen
20 Rechtsextremismus in unserer Stadt abzuhalten. Weiterhin gibt es einen
21 Internetauftritt von „Autonomen Nationalisten“ aus Gelsenkirchen, die einer neuen
22 Form von Rechtsextremismus zuzuordnen sind, linke Symbole kopieren und in der
23 Vergangenheit durch besonders gewalttätige Aktionen, wie dem Angriff auf die 1. Mai
24 Kundgebung in Dortmund, aufgefallen sind. Die SPD muss sich klar gegen die
25 Etablierung solcher Neonazi-Strukturen in Gelsenkirchen stellen.

A2

Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz!

Antragsteller: Jusos

Adressat: Unterbezirksparteitag

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Wir fordern einen wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz und lehnen alle Vorschläge zu
2 seiner Einschränkung ab.

3

4 **Begründung:**

5 Einige Landesregierungen und Teile der Bundesregierung wollen das
6 Jugendarbeitsschutzgesetz lockern. Die Bundesregierung hat in ihrem
7 Koalitionsvertrag erste Fakten geschaffen. Darin findet sich unter der Überschrift
8 "Tourismus" der Satz: „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein
9 flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut.“

10

11 Dies bedeutet konkret, dass Jugendliche auch nachts, am Wochenende und an
12 Feiertagen arbeiten sollen. Junge Auszubildende sind aber keine preiswerten
13 Vollzeitarbeitskräfte, sondern sollen vor allem lernen. Dazu brauchen sie qualifizierte
14 Anleitung, Freistellung für die Berufsschule und ausreichende Erholungszeiten - dazu
15 zählen auch die Nächte, sowie die Sonn- und Feiertage.

.

A3

**Verzicht auf Produkte der „The Coca Cola Company“.
Solidarität mit den internationalen Gewerkschaften und
der Internationalen ArbeiterInnenschaft!**

Antragsteller: Jusos

Adressat: Unterbezirksparteitag

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD verzichtet auf offiziellen Parteiveranstaltungen darauf, Produkte der „The Coca
2 Cola Company“ und ihrer Tochterunternehmen (in der BRD die „Coca-Cola GmbH“)
3 auszuschenken. Dieser Verzicht gilt auch für Catering-Unternehmen, die von der SPD
4 Gelsenkirchen mit dem Ausschank auf offiziellen Veranstaltungen beauftragt werden.

5

Begründung:

6 Die „The Coca Cola Company“ hat sich in den letzten Jahren zum Musterbeispiel eines
7 globalen Ausbeuterunternehmens entwickelt.

8

9
10 Dafür werden im Folgenden zwei Beispiele angeführt:

11

12 Das Beispiel Indien:

13 Eine von „The Coca Cola Company“ betriebene Abfüllanlage in Plachimada (Indien)
14 entzog dem Boden täglich etwa 1.000.000 Liter Wasser um daraus entsprechende
15 Limonaden zu produzieren. Dabei werden für 1 Liter „Coca Cola“ etwa 9 Liter Wasser
16 benötigt. Durch diese negative Bilanz sank der Grundwasserspiegel in der Region um
17 Plachimada erheblich von 45 Metern auf etwa 150 Meter ab. Die Konzentration von im
18 Wasser gebundenen Nährsalzen erhöhte sich immer weiter, bis das Grundwasser
19 weder für die Trinkwassernutzung noch für die Feldbewässerung der dortigen Bauern
20 zu benutzen war. Die bei der Produktion von Limonade entstandenen Abwässer
21 wurden wieder in die Umwelt geleitet und mit Blei verseuchte Schlämme als Dünger
22 an die Landbevölkerung verkauft.

23 Die Anlage wurde von indischen Gerichten mittlerweile geschlossen, doch streitet „The
24 Coca Cola Company“ jede Verantwortung für die Wasserverschmutzung und
25 Erkrankungen der Bevölkerung bis heute ab. Die „The Coca Cola Company“ verweigert
26 auch jede Art der Entschädigung.

27

28

29 Das Beispiel Kolumbien:

30 Der Abfüllbetrieb „Bebidas y Alimentos“ eines Tochter- und Partnerunternehmens der
31 „The Coca Cola Company“ machte vor einiger Zeit internationale Schlagzeilen. Eine
32 Todesschwadron erschoss in Rahmen einer Lohnverhandlung den örtlichen
33 Gewerkschaftsführer Isidro Segundo Gil und zündete wenig später sein
34 Gewerkschaftsbüro an. In der folgenden Woche marschierte die Todesschwadron auf
35 das Firmengelände und zwang die restlichen ArbeiterInnen die schon vorbereiteten
36 Erklärungen zum Austritt aus der Gewerkschaft zu unterschreiben. Alle ArbeiterInnen,
37 die nicht unterschreiben würden, seien dem Tod geweiht, erklärte der Kommandant
38 der Todesschwadron.

39 Durch solche Praktiken gelingt es in Kolumbien die organisierte Gewerkschaftsarbeit
40 zu unterdrücken und weiterhin Löhne durchzusetzen, mit denen die ArbeiterInnen in
41 Hunger und Armut getrieben werden. Doch leider finden sich diese Praktiken nicht nur
42 bei Unternehmen der „The Coca Cola Company“, doch zeichnet sich Coca Cola durch
43 ein besonders hohes Maß an Ignoranz gegenüber den kolumbianischen ArbeiterInnen
44 aus. In einer auf das große Presseecho folgenden Stellungnahme leugnet „The Coca
45 Cola Company“ die Vorfälle in den kolumbianischen Abfüllbetrieben. Daraus
46 resultierend unterstützt bzw. duldet „The Coca Cola Company“ die Zusammenarbeit
47 ihrer Töchter- und Partnerunternehmen mit örtlichen Todesschwadronen, um
48 weiterhin ihren Profit aus der Limonadenproduktion zu schlagen.

49

50 Diese Praktiken kann die SPD Gelsenkirchen mit dem Konsum der „The Coca Cola
51 Company“-Getränke nicht unterstützen. Gerade als Arbeiterpartei mit langer Tradition
52 und Solidarität zur internationalen Gewerkschaftsarbeit. Da es auch preiswerten Ersatz
53 zu den Produkten der „The Coca Cola Company“ gibt, muss der richtige Schritt der
54 Verzicht auf alle Produkte der „The Coca Cola Company“ sein.

A4

**Den Wegfall des Zivildienstes auffangen –
Freiwilligendienste fördern!**

Antragsteller: Jusos

Adressat: Unterbezirksparteitag

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD Gelsenkirchen würdigt und befürwortet das soziale Engagement junger
2 Menschen. Sie wird sich deshalb dafür einsetzen, dass nach einem möglichen Aus für
3 Wehrpflicht und Zivildienst die Freiwilligendienste „Freiwilliges soziales Jahr“,
4 „Freiwilliges ökologisches Jahr“ und „Freiwilliges kulturelles Jahr“ als Angebot erhalten
5 bleiben und so ausgebaut werden, dass sie für alle dienstwilligen jungen Menschen an
6 Attraktivität gewinnen. Insbesondere müssen die bisherigen Mittel des Bundesamtes
7 für Zivildienst vollständig in die Förderung der Freiwilligendienste überführt werden.
8 Zudem muss garantiert werden, dass die Kindergeldansprüche der Dienstleistenden
9 neben einer ihrer Tätigkeit angemessenen Entlohnung gewahrt bleiben.

10

Begründung:

11 Das Ende der Wehrpflicht zeichnet sich ab. Damit verbunden sein wird das Ende des
12 Zivildienstes, da sich Zivildienstleistende lediglich über die Verweigerung des Dienstes
13 an der Waffe rekrutieren. Für viele junge Männer war und ist der Zivildienst dabei eine
14 Möglichkeit, sich sinnvoll und zielgerichtet für die Gesellschaft zu engagieren.
15 Den Wegfall dieser Möglichkeit gilt es – auch im Interesse der Trägereinrichtungen, die
16 bisher Zivildienstplätze angeboten haben und für die die Zivildienstleistenden wichtige
17 Mitarbeiter waren – zu kompensieren. Mit den Freiwilligendiensten „Freiwilliges
18 soziales Jahr“, „Freiwilliges ökologisches Jahr“ und „Freiwilliges kulturelles Jahr“ stehen
19 dabei bereits heute Angebote zur Verfügung, die von jungen Männern anstelle des
20 Zivildienstes und von jungen Menschen beiderlei Geschlechts unabhängig davon
21 wahrgenommen werden können. Die Zahl dieser Plätze ist jedoch begrenzt.
22 Im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht gilt es, den Ausbau dieser Angebote massiv
23 voranzutreiben, um zum einen Engpässe bei der Zahl der zu vergebenden
24 Freiwilligendienstplätze zu vermeiden und zum anderen geschlechtsunabhängig das
25 soziale Engagement junger Menschen zu stärken. Es muss dabei gelten: Wer einen
26 gesellschaftlich nützlichen Dienst leisten will, der muss ihn auch leisten können und
27 dürfen!
28 Es ist zudem geboten, die Attraktivität der zivilen Freiwilligendienste zu erhöhen. Die
29 Pläne des Verteidigungsministeriums sehen zusätzliche Anreize für Freiwillig
30 Wehrdienstleistende vor. Vergleichbare Anreize müssen aber auch für jene geschaffen
31 werden, die sich in abseits des Militärdienstes für die Gesellschaft engagieren wollen
32 und sollen. Kriegsdienst darf in der Förderung keinen Vorrang vor
33 zivilgesellschaftlichem Engagement erhalten!
34

35 Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, die Freiwilligendienste mit
36 zusätzlichen Fördergeldern zu bedenken. Insbesondere darf es nicht dazu kommen,
37 dass die bisher dem Bundesamt für Zivildienst zur Verfügung stehenden Mittel
38 eingespart werden. Sie müssen vielmehr in voller Höhe in die Förderung der zivilen
39 Freiwilligendienste überführt und gleichberechtigt für Dienstleistende beiderlei
40 Geschlechts verwendet werden.
41 Es darf zudem nicht dazu kommen, dass ein Wegfall des Kindergeldanspruchs beim
42 Ableisten des Dienstes dazu führt, dass junge Menschen in ihrem Willen, sich zu
43 engagieren gebremst werden. Es müssen daher faire Regelungen gefunden werden, die
44 den Erhalt des Kindergeldanspruchs bei gleichzeitiger angemessener Entlohnungen
45 sicherstellen.

A5

**Ende mit der Ausbeutung.
Für eine Fairtrade-Zertifizierung in Ausschreibungen der
Stadt Gelsenkirchen**

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Ratsfraktion

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, den Zuschlag für eine Ausschreibung der Stadt
2 Gelsenkirchen an eine anerkannte Fairtrade-Zertifizierung (z. B. die Fairtrade-
3 Zertifizierung von Transfair) der jeweiligen Unternehmen zu knüpfen, damit diese
4 Unternehmen nur entsprechend fair gehandelte Rohstoffe benutzen.
5 Dies kann über einen entsprechenden Passus in den Ausschreibungen der Stadt
6 Gelsenkirchen erfolgen.

7

Begründung:

8

- 9
10 Sklaverei. In vielen Ländern auf der Welt gibt es sie noch. Gerade in Schwellenländern
11 und Dritt-Welt-Ländern werden Erwachsene und vor allem Kinder in Steinbrüchen und
12 anderen Industrieanlagen unter widrigsten Bedingungen zur Arbeit gezwungen. Durch
13 enorme Unterkunftskosten, die die ArbeiterInnen an die Arbeitgeber entrichten
14 müssen, werden ihre Schulden immer größer. Schließlich müssen sich die
15 ArbeiterInnen auf ihre durch die extremen Arbeitsbedingungen eh schon kurze
16 Lebenszeit bei ihren Arbeitgebern auf Lebenszeit verdingen und werden sogar dazu
17 gezwungen ihre Kinder an das jeweilige Industrieunternehmen, zu verkaufen.

18

- 19 Doch was hat Gelsenkirchen damit zu tun?

20

- 21 Wenn in Gelsenkirchen Steine aus entsprechenden Steinbrüchen in die Fassaden und
22 Fußböden von öffentlichen Gebäuden eingebaut werden, machen wir uns an diesem
23 Menschenhandel mit schuldig, da wir aus Kinderarbeit unseren Profit schlagen
24 würden.

25

- 26 Deshalb lasst uns ein klares Zeichen gegen die Ausbeutung von Kindern und
27 Erwachsenen setzen und unseren kleinen Teil zu einem fairen und menschengerechten
28 Handel beitragen.

A6

Finger weg von unserer Kohle – Steinkohlesubventionen bis 2018 sichern!

Antragsteller: Jusos

Adressat: Unterbezirksparteitag

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD Gelsenkirchen steht zum Steinkohlekompromiss. Sie will die Subventionen für
2 die heimische Steinkohle bis 2018 gesichert wissen und wird sich deshalb mit Aktionen
3 dafür einsetzen, das Thema ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.
4 Insbesondere wird sie durch ihrer VertreterInnen auf Landes- und Bundesebene
5 innerparteilich darauf hinwirken, dass die SPD sich wieder stärker als in den letzten
6 Jahren zur Steinkohle und den im Bergbau Beschäftigten bekennt. Sie wird zudem mit
7 dafür sorgen, dass die politisch Verantwortlichen für das drohende Subventionsende
8 im Jahr 2014 in Land und Bund klar benannt werden. Für CDU/CSU und FDP darf es
9 beim Thema Kohle kein Pardon mehr geben!

10

Begründung:

11 Mit dem Steinkohlekompromiss ist in mühsamen Verhandlungen ein tragfähiges
12 Konzept erarbeitet worden, das einen sozial und wirtschaftlich verträglichen,
13 allmählichen Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau in Deutschland ermöglicht. Es
14 nimmt insbesondere Rücksicht auf die noch immer Zehntausenden von im Bergbau
15 Beschäftigten und auf die besondere Rolle, die die Bergbauzulieferindustrie sowie
16 weitere bergbauproduktabhängige Industriezweige in Deutschland inne haben.
17 Durch das von der EU nun angekündigte Subventionsaus im Jahr 2014 wird diese
18 soziale und wirtschaftliche Verträglichkeit gefährdet. Es droht ein überhasteter und
19 schädlicher Abwicklungsprozess der letzten deutschen Zechen. Zudem wird durch den
20 plötzlichen Wegfall des heimischen Bergbaus als Erprobungsgebiet die
21 Weltmarktführerschaft deutscher Bergbautechnikhersteller massiv gefährdet,
22 wodurch weitere Industriearbeitsplätze bedroht sind.
23 Für diese Situation verantwortlich zeichnet aber nicht allein und nicht einmal in
24 überwiegendem Maße die EU. Der Fingerzeig nach Brüssel verkommt zum
25 Ablenkungsmanöver. Die politische Verantwortung liegt vielmehr bei den Spitzen von
26 CDU/CSU und FDP in den Ländern Nordrhein-Westfalen – der ehemalige
27 Ministerpräsident Jürgen Rüttgers als vorgeblicher Freund des Bergbaus ist dabei
28 besonders hervorzuheben - und Saarland sowie bei der gleichfalls von beiden Parteien
29 geführten Bundesregierung. Sie haben es über Jahre versäumt, den ausgehandelten
30 Kompromiss in Brüssel vorzutragen und absegnen zu lassen.
31 Die Verantwortlichen versuchen nun, sich damit herauszureden, dass es sich lediglich
32 um ein Fristversäumnis aus Versehen gehandelt habe. Sie gestehen damit zumindest
33 ein, die Frist schlichtweg verschlafen zu haben. Wäre dies allein für jede Bundes- oder
34

35 Landesregierung der deutschen Geschichte schon ein veritabler Rücktrittsgrund
36 gewesen und wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Regierungsparteien
37 und ihrer Mandatsträger, so ist es doch vor allem eins: Dreist gelogen.
38 Die gewaltigen Apparate der zuständigen Ministerien, Staatskanzleien und des
39 Kanzleramts versäumen nicht kollektiv eine derart wichtige Frist. Den
40 Kohlekompromiss nicht in Brüssel offiziell und wasserdicht zu machen war blankes
41 Kalkül, um das eigentliche politische Ziel konservativ-liberaler Ideologie, nämlich das
42 baldmögliche Ende der Kohlesubventionen und eine Verbesserung der Perspektive der
43 Atomenergie zu erreichen, noch durch die Hintertür durchsetzen zu können.
44 Schwarz-Gelb hat die deutschen Bergleute belogen und betrogen! Schwarz-Gelb hat
45 die Wählerinnen und Wähler belogen und betrogen! Das dürfen wir nicht durchgehen
46 lassen.
47 Wir müssen – auch weil die Kohle gerade für die Identität unserer Region eine große
48 Rolle spielt – ein klares Bekenntnis zur Kohle abgeben. Wir müssen zeigen, dass die SPD
49 zu den Beschäftigten im Bergbau steht. Und wir müssen dafür kämpfen, dass diese
50 Überzeugung in den Köpfen und Herzen der Menschen im Ruhrgebiet ankommt!
51 Mit uns ist noch nicht Schicht im Schacht!

A7	G9 für alle – kein Leistungsdruck auf Zwangsbasis
	Antragsteller: Jusos
	Adressat: Unterbezirksparteitag

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen
-------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Nach der gewonnenen Landtagswahl 2010 haben wir in Gelsenkirchen die Möglichkeit
2 das selektive Schulsystem abzuschaffen. Nordrhein-Westfalen ist damit das erste
3 Bundesland, welches einen neuen, modernen Weg in Richtung Gemeinschaftsschule
4 geht.

5
6 Dass die Verantwortung zur Schaffung von Gemeinschaftsschulen auf die Kommunen
7 übertragen wird ist sicherlich positiv, da nur so ein Umgestaltungsprozess mit den
8 Menschen vor Ort möglich sein wird. Jedoch muss die Landesregierung auch gewisse
9 Grenzen aufzeichnen können. So stellt sie in den bisherigen Planungen jeder Schule frei
10 ob sie ein G8- oder G9-Abitur anbieten will. Wir hingegen wollen dass keinE SchülerIn
11 ins G8-Zwangssabi muss. Alle SchülerInnen bzw. Eltern in Gelsenkirchen müssen frei
12 entscheiden können, ob sie eine allgemeine Hochschulreife nach 8 oder 9 Jahren an
13 einer weiterführenden Schule erlangen wollen.

14
15 Den SchülerInnen muss es möglich sein die Schulzeit effektiv zu nutzen. Dies kann nur
16 geschehen, wenn genügend Freiraum bleibt privaten Interessen nachzugehen. Bei dem
17 durch G8 verursachten Turbo-Abitur ist dies jedoch gefährdet. Der derzeitige Weg
18 fertigt einzig und allein SchülerInnen als Massenware ab. Private Interessen, eigene
19 Fähigkeiten und eigenes Denken müssen wieder mehr in den Vordergrund gestellt
20 werden. Dies kann in unseren Augen durch das G8-Abitur nicht gewährleistet werden.

21
22

23 **Die SPD Gelsenkirchen setzt sich daher für folgendes Modell ein:**
24 Alle SchülerInnen in Gelsenkirchen müssen die Möglichkeit haben ein wohnortnahe
25 Sekundarstufe II zu besuchen, in denen ein G9-Abitur abgelegt werden kann. Daher
26 unterstützen wir jede Schule die am G9-Abitur festhält. JedeR SchülerIn in
27 Gelsenkirchen hat ein Recht eine allgemeine Hochschulreife nach 13 Jahren zu
28 erwerben.

A8

**Gerechte Neuorganisation der Delegierten der
Arbeitsgemeinschaften zum Unterbezirksparteitag –
Stärkere Einbeziehung junger Menschen in bestehende
Strukturen**

Antragsteller: Jusos

Adressat: Unterbezirksparteitag

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Der Unterbezirk Gelsenkirchen hat auf dem letzten Unterbezirksparteitag zum einen
2 die hervorragende Arbeit der Jusos hervorgehoben und zum anderen den **Bedarf einer**
3 **Öffnung der Partei und damit einhergehend die Gewinnung neuer Mitglieder**
4 festgestellt. Gerade im Bereich der Neumitgliedergewinnung wie auch bei der
5 Politisierung junger Menschen haben die Jusos bis jetzt, so auch einhellige Meinung
6 des letzten Unterbezirksparteitags, herausragend gearbeitet – so konnte der Bestand
7 an aktiven Mitgliedern nicht nur gehalten, sondern viel mehr, auch gegen den
8 allgemeine Parteitrend, ausgebaut werden.
9 Hier muss die Partei, hier muss der Unterbezirk jedoch weiterhin Sorge dafür tragen,
10 dass die ohnehin gute Arbeit der Jusos in gesteigertem Maße ihre Fortführung finden
11 und eben dadurch das selbst formulierte Ziel eines Ausbaus des Mitgliederstammes
12 erreicht werden kann. Eine **gleichrangige Behandlung, eine gleichrangige**
13 **Wertschätzung der von jungen Menschen geleisteten Arbeit ist für einen weiteren**
14 **Ausbau des individuellen Interesses junger Menschen an der SPD als Ganzem von**
15 **essentieller Bedeutung.** Auch lässt sich vor allem in der Partizipation junger Menschen
16 innerhalb der basisdemokratischen Grundfesten der SPD, was vor allem auf den
17 Unterbezirksparteitagen ermöglicht wird, ein **gesteigertes politisches Bewusstsein, ein**
18 **größeres Demokratieverständnis und eine größere Identifikation mit der sozial-**
19 **demokratischen Idee** prognostizieren. Einen Ausbau all dieser Eigenschaften bei jungen
20 Menschen wie auch den Ausbau der Interessenvertretung eben jener jungen Menschen
21 innerhalb der SPD begreifen wir als vorrangig zu behandelnden Punkt, allein schon
22 zum **Erhalt der SPD, ihrer Ziele und Ideale über die nächste Generation hinaus.**
23 Die in unseren Augen **momentan gegebene Unterrepräsentation junger Menschen auf**
24 **Unterbezirksebene, und dies trotz bereits in ausreichendem Maße vorhandener**
25 **Substanz** an jungen Parteimitgliedern und Interessierten, widerspricht in eklatanter
26 Weise den eigenen vom Unterbezirk formulierten Zielen.
27 Dieser Zustand muss geändert werden! Es muss mehr jungen Menschen die
28 **Möglichkeit** eingeräumt werden sich **auf lokaler Parteebene einzubringen!** Es muss
29 mehr jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet werden an den die SPD
30 auszeichnenden basisdemokratischen Institutionen, und hier vor allem dem
31 Unterbezirksparteitag, teilzunehmen und die **eigene Stimme, das eigene Interesse, die**
32 **eigene Meinung entsprechend stimmberechtigt zu vertreten!**

33

34 Um eben dies nun aber zu erreichen möge der Unterbezirk Gelsenkirchen zunächst
35 folgendes beschließen:

36

37 Eine **Neustrukturierung der Delegiertenzahlen für den Unterbezirksparteitag** und
38 damit einhergehend eine **Gleichstellung zwischen** der Arbeitsgemeinschaft für
39 Arbeitnehmerfragen (**AfA**) und der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der
40 SPD (**Jusos**) nach folgender Aufschlüsselung:

41 **Delegierte zum Unterbezirksparteitag:**

42 **AfA:** 6 Delegierte

43 **Jusos:** 6 Delegierte

44 **AsF:** 4 Delegierte

45 **AfB:** 3 Delegierte

46 **AG 60 Plus:** 3 Delegierte

47 **AGS:** 3 Delegierte

A9

Vertrauensarbeitszeit verbieten

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Wir lehnen die sog. Vertrauensarbeitszeit und ähnliche Modelle ab und fordern die
2 Bundestagsfraktion auf Initiativen für ein Verbot dieser Arbeitsmodelle in Angriff zu
3 nehmen.
4

5 **Begründung:**

6 In der politischen Diskussion um die Flexibilisierung der Arbeit und Arbeitszeit geht es
7 viel um Jahres- und Lebensarbeitszeitkonten, jedoch nur selten um die
8 „Vertrauensarbeitszeit“. Diese wird in der Wirtschaft jedoch immer öfter als Modell der
9 Zukunft gesehen. Immer mehr Unternehmen, vor allem „Global Player“ führen die
10 Vertrauensarbeitszeit ein. Ziel dabei ist die „freiwillige“ Selbstaussbeutung der
11 MitarbeiterInnen.
12

13 **Vertrauensarbeitszeit?**

14 Bei der Vertrauensarbeitszeit wird die Arbeitszeiterfassung komplett abgeschafft.
15 Keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer muss seine Arbeitszeit mehr erfassen.
16 Auch wird weitgehend auf eine Kernarbeitszeit (ein Zeitraum, bei dem alle
17 MitarbeiterInnen anwesend sein müssen) verzichtet. Nur noch das Arbeitsergebnis
18 zählt. Der Arbeitgeber gibt damit die Verantwortung auf Beachtung der vertraglichen
19 und gesetzlichen Arbeitszeitregelung an die MitarbeiterInnen selbst ab.
20

21 **Schöne neue Welt?**

22 Auf den ersten Blick scheint dieses Modell Ideal zu sein: Die MitarbeiterInnen können
23 über ihre Arbeitszeit und ihre Freizeit scheinbar selbst bestimmen. Später anfangen,
24 früher aufhören, oder wenn das Ziel erreicht ist einfach mal gar nicht zur Arbeit gehen
25 – alles scheint möglich. Lediglich eine kurze Absprache mit den eigenen KollegInnen ist
26 notwendig, um evtl. Kundenerreichbarkeit zu erhalten.
27

28 Die Realität ist jedoch eine andere: Arbeit ohne Ende, fehlende Planbarkeit von
29 Arbeitszeit und Freizeit, Verschärfung der Konkurrenzsituation von MitarbeiterInnen
30 untereinander und Aushebelung der Mitbestimmungsrechte sind die Folge.
31

32 Mit der Einführung der Vertrauensarbeitszeit legen Arbeitgeber und
33 ArbeitnehmerInnen die Ziele fest. Die Arbeitszeit spielt faktisch kaum eine Rolle. Die
34 Arbeitszeit wird durch den Anfall an Arbeit, Terminen und dem Leistungsverhalten der
35 Beschäftigten geregelt. Kann die Arbeitsmenge in der entsprechenden Qualität nicht in

36 sieben oder acht Stunden am Tag erledigt werden, muss eben länger, schneller, oder
37 effizienter gearbeitet werden. Für die Beschäftigten bringt dies negative
38 Auswirkungen: Ständig wachsende Leistungs- und Zielvorgaben führen zu Mehrarbeit
39 – also Überstunden, die nicht erfasst werden und entsprechend weder abgebaut noch
40 entlohnt werden. Zahlreiche praktische Erfahrungen aus Betrieben mit
41 Vertrauensarbeitszeit bestätigen dies.

42
43 Die Freigabe der Arbeitszeit verringert die Planbarkeit von Arbeits- und Freizeit der
44 Beschäftigten. Das Arbeitsziel steht an oberster Stelle – es gibt keine garantierten
45 Freiräume mehr. Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit werden zwar im Vertrag
46 unterbunden, jedoch liegt die Pflicht der Einhaltung beim Beschäftigten selbst. Dieser
47 muss jedoch das Ziel erfüllen. Bei steigenden Anforderungen und Leistungsspitzen ist
48 die Erfüllung jedoch nur durch zusätzliche Arbeit in der Nacht, an Sonn- und Feiertagen
49 möglich. Die Selbstausbeutung beginnt – die Freizeit ist nicht mehr zu planen.

50
51 Die Abschaffung der Zeiterfassung führt dazu, dass Mehr- und Wenigerarbeit nicht
52 mehr festgehalten werden. Da die Zielvorgaben in den meisten Fällen nicht in der
53 vertraglichen Arbeitszeit zu schaffen sind, leisten die Beschäftigten in den meisten
54 Fällen Überstunden. Da diese jedoch nirgends dokumentiert sind, besteht kein
55 Rechtsanspruch auf Abbau der Überstunden. Es gibt sie gar nicht mehr, obwohl sie
56 dennoch geleistet werden.

57
58 Ein weiteres Ziel der Vertrauensarbeitszeit ist es leistungsstarke Beschäftigte zu halten
59 und leistungsschwächere los zu werden. Durch die Zieldefinierung kommt es gerade
60 bei Teams immer öfter zu Ausgrenzung und Mobbing. Die Arbeitsüberlastungen
61 verschärfen die Konkurrenzsituation zwischen den Beschäftigten weiter: Die
62 Beschäftigten in der Vertrauensarbeitszeit sollen bei Nichtbewältigung ihrer Aufgaben
63 und glaubwürdiger Begründung, warum dies nicht zu schaffen sei, Vorschläge
64 einbringen, wer stattdessen diese Arbeit übernehmen könnte.

65
66 Das Modell der Vertrauensarbeitszeit baut auf einen Verzicht der
67 Mitbestimmungsrechte auf: Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, ihre Verteilung
68 auf die Wochentage und Ausgleichszeiträume werden nicht mehr mit dem Betriebsrat
69 festgelegt. Es wird nicht einmal mehr erfasst, wann die Arbeit aufgenommen wurde
70 und wann sie beendet wird. Überstunden sind nicht mehr erfasst. Betriebsräte werden
71 hier an entscheidender Stelle geschwächt. Die Schutzfunktion für die Beschäftigten
72 entfällt.

73
74 **Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser!**

75 Dies zeigt deutlich, dass die Vertrauensarbeitszeit in erster Linie gegen die Interessen
76 der Beschäftigten gerichtet ist. Die Vertrauensarbeitszeit ist für uns kein Modell der
77 Zukunft. Es darf nur Arbeitszeitmodelle geben, in denen eine Arbeitszeiterfassung
78 Pflicht ist. Nur so ist der Schutz der Beschäftigten vor (Selbst-)Ausbeutung gegeben.

A10

Doppelte Staatsbürgerschaft für alle

Antragsteller: ProMi

Adressat: SPD-Landtagsfraktion

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Die Landesregierung startet umgehend eine Bundesratsinitiative zur Streichung des
2 Optionsmodells aus dem Staatsangehörigkeitsrecht.

3

4

5 **Begründung:**

6

7 Mit der Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes wurde das Optionsmodell (§29
8 des Staatsangehörigkeitsgesetzes) eingeführt, nach dem sich jährlich tausende in
9 Deutschland geborene Jugendliche nichtdeutscher Eltern zwischen dem 18. und dem
10 23. Lebensjahr für die deutsche oder ausländische Staatsangehörigkeit entscheiden
11 müssen.

12

13 Allerdings dürfen z.B. Jugendliche, deren Eltern EU-Bürger sind oder deren Eltern
14 Staatsbürger eines Landes sind, das seine Bürger nicht aus der Staatsangehörigkeit
15 entlässt, beide Staatsangehörigkeiten behalten. Abgesehen vom bürokratischen
16 Aufwand dieser Optionsregelung ist der Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit für
17 eine erfolgreiche Integration unabdingbar. Daher bedarf es der sofortigen Abschaffung
18 dieser intransparenten, willkürlichen Optionsregelung.

A11

Kommunales Wahlrecht für alle einführen

Antragsteller: ProMi

Adressat: SPD-Landtagsfraktion

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Die Landesregierung setzt sich für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für
2 Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern mit ständigem Wohnsitz ein.
3 Hierzu startet sie unverzüglich eine Bundesratsinitiative.
4

5
6 **Begründung:**
7

8 Eine erfolgreiche Integrationspolitik geht über die Teilhabe am gesellschaftlichen
9 Leben, insbesondere über die politische Partizipation. Bisher sind die über 4 Millionen
10 Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern von der politischen Teilhabe
11 ausgeschlossen.
12

13 Während z.B. EU-BürgerInnen das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler
14 Ebene genießen, wird nach wie vor den Migrantinnen und Migranten das Recht
15 abgesprochen, ihren Willen auf kommunaler Ebene kundzutun. Diese
16 Ungleichbehandlung gilt es abzuschaffen, denn wer Pflichten hat, soll auch Rechte
17 haben.

A12

Parteiausschluss für Thilo Sarrazin

Antragsteller: OV Hassel-Süd / Bergmannsglück

Adressat: SPD-Parteivorstand

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Der Bundesvorstand der SPD wird aufgefordert, das Parteimitglied Tilo Sarrazin,
2 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, aus der Partei auszuschließen.

3

4 **Begründung:**

5 Der Berliner Ex-Senator und heutiges Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank
6 und Mitglied der SPD, Thilo Sarrazin, hat in seinem vor kurzem veröffentlichten Buch
7 „Deutschland schafft sich ab“ menschenverachtende und rassistische Thesen
8 vertreten, die nicht nur Muslime und Juden diskriminiert und verletzt, sondern gegen
9 die Grundlagen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung gerichtet sind.

10

11 Nachdem er sich bereits im vorigen Jahr insbesondere gegenüber den türkischen
12 Einwanderern verletzend geäußert hat, vertritt er nun in einem Interview mit der „
13 Welt am Sonntag „ eindeutig rassistische Hetzparolen, indem er genetische Ursachen
14 für die Integrationsprobleme verantwortlich macht.

A13

Verbesserung der Ausbildungsqualität am Berufskolleg

Antragsteller: OV Hassel-Süd / Bergmannsglück

Adressat: Landes- und Bundespartei

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Das Positions- und Arbeitspapier „Verbesserung der Ausbildungsqualität am
2 Berufskolleg“ an den Landesparteitag und den Bundesparteitag weiterzuleiten.

3
4 Wir fordern eine Verbesserung der Ausbildungsqualität an den Berufskollegs. Das
5 bedeutet für uns:

6

7 **Sicherung des dualen Systems**

8 Die berufliche Erstausbildung hat eine bedeutende Rolle: Sie bestimmt über den
9 weiteren Lebenslauf und schafft Beteiligung und ein eigenständiges Leben junger
10 Menschen. Zudem sichert sie qualifizierte Fachkräfte für Unternehmen. Das duale
11 Ausbildungssystem mit den beiden Ausbildungsorten Betrieb und Schule hat sich
12 bewährt und muss gesichert und weiter entwickelt werden.

13

14 Die Qualität der dualen Ausbildung hängt dabei eng mit der Ausbildungsplatzsituation
15 zusammen. Je mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, desto besser ist die
16 Ausbildung. Fehlen hingegen Ausbildungsplätze sinkt die Qualität und Auszubildende
17 werden öfter als billige VollzeitarbeiterInnen missbraucht.

18 Trotz der demographischen Entlastung wird auch in Zukunft das Angebot an
19 Ausbildungsplätzen nicht ausreichen. Bereits heute ist nur noch jeder zweiter Schüler
20 und jede zweite Schülerin am Berufskolleg in einer beruflichen Fachklasse, macht also
21 eine duale Ausbildung. Die andere Hälfte befindet sich in Vollzeitschulischer
22 Ausbildung, in berufsvorbereitenden Maßnahmen oder in Warteschleifen.

23

24 Der Großteil möchte eine qualifizierende duale Ausbildung machen, bekommt jedoch
25 nicht die Chance dazu. Immer noch sind Arbeitgeber daher in der Situation auf junge
26 Menschen Druck ausüben zu können, während die Berufskollegs viele Aufgaben
27 gleichzeitig zu bewältigen haben: Berufsschulunterricht für die Auszubildenden,
28 allgemeiner Schulunterricht zur Erreichung eines höheren Schulabschlusses,
29 Weiterbildungsangebote für besonders Qualifizierte, Berufsorientierungsangebote und
30 Pflichtschulunterricht für arbeitslose Jugendliche im schulpflichtigen Alter.

31

32 Die Anzahl der Ausbildungsplätze im dualen System muss zwingend erhöht werden.
33 Sind nicht ausreichend Ausbildungsplätze vorhanden, müssen diese konsequent von
34 der Wirtschaft eingefordert werden, im Zweifelsfall auch durch eine

35 Ausbildungsplatzumlage. Der Ausbildungspakt hat, wie man sieht, dabei die
36 Gesamtsituation nicht erheblich verbessert.

37

38 **Gleichwertigkeit der beruflichen und der allgemeinen Bildung**

39 Am Berufskolleg werden genauso wie an allgemeinbildenden Schulen
40 Handlungskompetenzen im Sinne eines lebenslangen Lernens vermittelt. Zur
41 Gleichwertigkeit gehört auch, dass die am Berufskolleg erworbenen Qualifikationen
42 und Abschlüsse für den Zugang zu den Hochschulen anerkannt und angerechnet
43 werden. Eine abgeschlossene Berufsausbildung muss auch eine Berechtigung zum
44 Studium in allen Bereichen ermöglichen.

45

46 Weitestgehend ungenutzt ist die Möglichkeit, im Rahmen der Berufsausbildung
47 integrativ die Fachhochschulreife zu erwerben. Diese Doppelqualifizierung ist kaum
48 bekannt, die Umsetzung in die Praxis muss deutlich verbessert werden.

49

50 **Entwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) ohne Modularisierung**

51 Der DQR erfüllt die Anforderung nach der Gleichwertigkeit von beruflicher und
52 allgemeiner Bildung. Dies sollte dazu führen, dass auch eine echte Gleichwertigkeit
53 gegeben ist. So müssen Hochschulzugang, die Mobilität von Jugendlichen (z.B. durch
54 Auslandspraktika) und eine europäische Vergleichbarkeit von Ausbildung/Erfahrung
55 mit Hilfe von Kompetenzniveaus möglich werden. Eine Modularisierung der
56 beruflichen Bildung hingegen lehnen wir ab! Die schlechten Erfahrungen aus der
57 Vergangenheit (z.B. Keine Abschlüsse wegen nichtbestandender Module) bestärken
58 uns in dieser Ablehnung.

59

60 **Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte**

61 Sowohl Schülerinnen und Schüler, bzw. Auszubildende wie auch Lehrerinnen und
62 Lehrer sehen einen erheblichen Handlungsbedarf in den Berufskollegs in NRW. So sind
63 die häufigsten Kritikpunkte der Auszubildenden fehlende oder generell zu wenige
64 Lehrkräfte, gefolgt von zu großen Klassen und häufigen Unterrichtsausfällen.
65 Insbesondere Lehrerinnen und Lehrer in technischen Fachrichtungen und allgemein
66 bildenden Fächern fehlen. Auch gibt es zu wenige Lehrkräfte mit
67 Migrationshintergrund.

68 Der starke Zulauf zu vollzeitschulischen Bildungsgängen und Maßnahmen, sowie die
69 zu erwartende Pensionierungswelle im gewerblich-technischen Bereich muss
70 berücksichtigt werden und benötigt einen zusätzlichen Einstellungskorridor.
71 Dazu gehört es über Alternativen in der Lehrerausbildung an Berufskollegs
72 nachzudenken und Vertretungsreserven in den Berufskollegs auszubauen.

73

74 **Anpassung der Unterrichtsinhalte**

75 Die Unterrichtsthemen und die nötigen und erforderlichen Ausbildungsinhalte passen
76 oft nicht zusammen. Wir fordern eine regelmäßige Anpassung der
77 Ausbildungsordnungen an die aktuellen Entwicklungen in der Wirtschaft. Zugleich
78 mangelt es auch an Transparenz, sodass vielen Auszubildenden nicht bekannt ist, was
79 die Lehrpläne beinhalten und wie sie kontrolliert werden.

80

81 Es braucht eine engere Abstimmung von Berufskollegs und Betrieben, die derzeit
82 oftmals von dem persönlichen Einsatz einzelner engagierter Lehrkräfte abhängt.
83 Notwendig sind institutionelle Rahmenbedingungen und Ressourcen, die eine bessere
84 Koordination zwischen Betrieb und Schule ermöglichen.

85

86 **Individuelle Förderung umsetzen**

87 Wir fordern die Umsetzung von individueller Förderung auch in den Berufskollegs. Für
88 alle Jugendlichen und abgebenden Schulen muss ein klarer und einfacher Überblick
89 über die Angebote in den Berufskollegs, über Unterstützungssysteme vor Ort und
90 konkrete Hilfen beim „Übergangsmanagement“ ermöglicht werden. Jugendliche sollen
91 eine individuelle Förderung erhalten, die von Anfang bis Ende auf sie abgestimmt ist
92 und sie bis zum Abschluss der Berufsausbildung begleitet. Wir lehnen die derzeit
93 unübersichtliche Vielzahl verschiedener Maßnahmen ab und fordern stattdessen eine
94 langfristig begleitende Unterstützung im Schulalltag, bzw. ausbildungsbegleitend.

95

96 **Allgemeine und kostenfreie Bildung**

97 Bildung dient nicht nur dazu, für die Wirtschaft verwertbare Kompetenzen zu erlangen,
98 sondern auch um kritisches Denken zu entwickeln. Bildung soll der Entwicklung
99 dienen, um persönliche Lebenskonzepte zu verwirklichen. Dafür braucht es auch
100 Bildungsangebote mit allgemeinbildendem Charakter, wie z.B. Politik- und
101 Geschichtsunterricht, aber auch Angebote für nonformale und informelle Bildung, z.B.
102 in Kooperation mit außerschulischen Bildungseinrichtungen wie denen der
103 Jugendverbände. Zudem muss das Recht auf berufliche Weiterbildung auch für
104 Auszubildende im Gesetz verankert werden.

105

106 Bildung muss für alle kostenfrei sein. Wir fordern daher die Abschaffung von
107 Bildungsgebühren und -kosten in jeglicher Form, auch Verwaltungsgebühren oder
108 Kosten für Lernmittel, Werkzeuge und Werkstoffe. Außerdem fordern wir eine
109 elternunabhängige bedarfsdeckende Förderung für Ausbildung und Studium im In-
110 und Ausland, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

111

112 **Reform von Studium und Fortbildung für Lehrkräfte**

113 Für die Berufskolleglehrerausbildung an den Universitäten müssen weitere Zugänge
114 aus anderen Berufen und aus anderen akademischen Berufsausbildungen systematisch
115 aufgebaut werden. Ein Großteil der Lehrerschaft im Berufskolleg rekrutiert sich zu Zeit
116 aus FH-Absolventen, die als „Aufstiegsfortbildung“ unter Anerkennung von Teilen ihres
117 FH-Studiums die 1. Staatsprüfung abgelegt haben. Dieser Ausbau muss sich an den
118 Qualitätsstandards der grundständigen Berufskolleglehrerausbildung orientieren.
119 Auch die „nichtakademisch“ ausgebildeten Fachlehrerinnen und -lehrer sollten von
120 Anfang an in das Lehramtsstudium einbezogen werden.

121

122 Die landesweiten Strukturen und Inhalte der Lehrerfortbildung müssen dringend
123 verbessert werden. Wir fordern, dass es für die Berufskollegs weiterhin die
124 erforderlichen Fachfortbildungen bei den Bezirksregierungen gibt.

125

126

127 **Inklusion im Berufskolleg**

128 Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen verlangt auch
129 vom Berufskolleg sonderpädagogische und sozialpädagogische Ressourcen. Behinderte
130 Jugendliche, die in anderen Schulformen (vorrangig Förderschulen) eine Schüler-
131 /Lehrerrelation von 1:10 oder weniger hatten, erhalten im Berufskolleg von einem Tag
132 auf den anderen eine Schüler-/Lehrerrelation von 1:41 ohne jegliche Ressourcen für
133 sonderpädagogische Förderung. Die Folge ist eine weitere Ausgrenzung dieser
134 Jugendlichen.

135

136 Qualitätsüberprüfungen in Berufskollegs müssen den Aspekt der Integrationsfähigkeit
137 berücksichtigen. Gezielte Aus- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte auf diesem
138 Gebiet müssen angeboten werden und eine gezielte sonderpädagogische
139 Ressourcenzuteilung erfolgen.